

Die Wunde ist noch nicht verheilt

Busbahnhof bleibt ein Aufreger

Verlieren will gelernt sein. Doch manche Vaihinger Bezirksbeiräte schlagen auch nach der politischen Niederlage im Kampf gegen die Ansiedlung des geplanten Fernomnibus-Bahnhofs im Stadtbezirk lieber die Schlachten von gestern. Sogar juristische Schritte werden erwogen.

Von Thomas Braun

Die vorgeladenen Vertreter der Stuttgarter Stadtverwaltung hatten es diesmal vorgezogen, nicht in der Alten Kelter zu erscheinen. Dort sollten sie eigentlich den Vaihinger Lokalpolitikern erneut Rede und Antwort stehen. „Im Rathaus ist man der Meinung, zum jetzigen Zeitpunkt alle Fragen zum Thema Fernbahnhof beantwortet zu haben“, erläuterte Bezirksvorsteher Wolfgang Meinhardt. Er riet dazu, nicht in der „Trotzreaktion“ zu verharren: „Sonst nimmt womöglich der Stadtbezirk Schaden.“ Man müsse nun, nachdem der Technikausschuss des Gemeinderats den Aufstellungsbeschluss für die Omnibusbahnsteige am Vaihinger Bahnhof gefasst habe, „das Beste daraus machen“.

Während CDU und SPD Meinhardts Mahnung beherzigten und sich – bei aller Kritik am Standort – dafür aussprachen, die Planung im weiteren Verlauf des Verfahrens mitzugestalten, betrieben vor allem Konrad Ruf (Freie Wähler) und Kristin Wedekind (Grüne) lieber weiter Fundamentalopposition. Ruf bezweifelte zum wiederholten Mal die Rechtmäßigkeit des Verfahrens, weil die Stadträte nach der Ablehnung der Pläne durch den Bezirksbeirat am 10. Juni das Konzept verabschiedet hatten, ohne nochmals eine Stellungnahme des Vaihinger Gremiums einzuholen. Gegebenenfalls müsse man auch juristische Schritte gegen die Stadt einleiten, so Ruf. Immerhin: sein Antrag, den Verwaltungsausschuss des Gemeinderats mit der Prüfung des Verfahrens zu beauftragen, wurde mehrheitlich angenommen.

Persönlich enttäuscht sei er von der Verwaltung, die ihm nicht einmal eine Antwort auf sein Protestschreiben habe zukommen lassen, beklagte Ruf noch. Da hatten freilich bereits alle anderen Bezirksbeiräte bereits einen an Ruf adressierten Antwortbrief auf dem Tisch, in dem Baubürgermeister Matthias Hahn das Anhörungsverfahren als juristisch korrekt gerechtfertigt hatte.

Kristin Wedekind kritisierte vor allem fehlende Passagen im Protokoll der letzten Sitzung des Gremiums, bei dem Vertreter des Stadtplanungsamts und der Wirtschaftsförderung zugegen gewesen waren. Für ihre Forderung, eine nachträgliche Stellungnahme des Baubürgermeisters zur Ablehnung des Projekts durch den Bezirksbeirat einzufordern, fand sich schließlich ebenfalls eine Mehrheit. Und auch CDU und SPD durften sich noch unter die Antragssteller einreihen: sie wollen den geplanten Einzelhandel am Fernomnibus-Bahnhof auf maximal 200 Quadratmeter Verkaufsfläche beschränkt sehen.